

BREXIT – Herausforderungen und Verhandlungsziele aus der Sicht rheinland-pfälzischer Unternehmen

I. Herausforderungen

Der Brexit könnte zu einer beträchtlichen Kostenbelastung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft führen. Dieses zentrale Ergebnis zeigt die Blitzumfrage, welche die Arbeitsgemeinschaft der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern (IHKs) vom 9. bis 21. August 2017 durchgeführt hat. Neben den monetären Belastungen befürchteten die Unternehmen aber auch Planungsunsicherheit sowie Wettbewerbsnachteile und damit Einnahmeverluste.

II. Ziele der Brexit-Verhandlungen aus Sicht der Unternehmen in RLP

Scheitern der Verhandlungen vermeiden, da Gefahr des WTO Szenario

Scheitern die Verhandlungen ohne die Vereinbarung einer Übergangsregel, ist zum heutigen Zeitpunkt nicht abzusehen, wie der Warenverkehr zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (UK) abzufertigen wäre.

Aufgrund der Transparenz der WTO Regeln bedeutet dies für die betroffenen Unternehmen notwendige Anpassungen interner Zollprozesse und zusätzlichen bürokratischen Aufwand.

In Bezug auf die Preisgestaltung und die damit einhergehende sinkende Wettbewerbsfähigkeit sind jedoch Einnahmeverluste zu erwarten.

Vereinbarung einer möglichst langfristigen Übergangsregelung (mind. 3 Jahre)

Denkbar wäre, dass UK bis zum Verhandlungsende und zur endgültigen Umsetzung eines neuen, eigenen Zollrechts im Zollgebiet der Europäischen Union (EU) verbleibt. Eine Änderung in der Abwicklung des Warenverkehrs gegenüber dem heutigen Status Quo wäre nicht nötig (Modell Monaco). Die Unternehmen hätten die notwendige Planungssicherheit der näheren Zukunft und gleichzeitig Zeit für Anpassungen ihrer Prozesse.

Transparenz im fortschreitenden Verhandlungsprozess

Eine weitreichende Transparenz im Verhandlungsprozess und in der Kommunikation der erzielten Verhandlungsergebnisse ist - mit Blick auf das Zoll- und Außenwirtschaftsrecht - eine wichtige Forderung der regionalen Wirtschaft. Notwendige Anpassungen interner Prozesse, der Warenwirtschafts- und ERP-Systeme erfordern eine langfristige Planung.

Vermeidung von doppelten Kontrollen bei Aus- und Einfuhr

Die Verhandlungen mit UK bieten die einmalige Chance, „Zoll“ neu zu denken, zumindest im Verhältnis zu UK. Vorstellbar und damit auch wünschenswert wäre es, den Datenaustausch und heutige Schnittstellen auch zukünftig zu nutzen und weiter zu entwickeln.

Der große Vorteil für Unternehmen sowie die nationalen Zollverwaltungen in Form von Zeitersparnis und weniger Aufwand ist selbstredend. Dafür spräche auch, dass EU und UK diesen Prozess von einer gemeinsamen Ausgangslage aus definieren würden. Vorhandenes nutzen, um Bürokratieabbau auch unter Brexit-Gegebenheiten zu realisieren, bietet auf beiden Seiten Vorteile und könnte richtungsweisend für die Zukunft sein.

Ein ambitioniertes Freihandelsabkommen, aber bitte mit Augenmaß

Im Interesse der Wirtschaft sollte langfristig ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und UK verhandelt werden, mit dem Ziel, Zölle für Waren mit Ursprung in den beiden Vertragsparteien weitestgehend zu beseitigen. Dies wird ein wichtiger Meilenstein für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung in Europa und dem Vereinigten Königreich sein. Gerade auch mit Blick auf die heute bestehenden Lieferketten ist ein Freihandelsabkommen nötig, um die Zollvergünstigen für Ursprungswaren auch bei mehrfachen Grenzübertritten zu gewährleisten.

Regulatorische Zusammenarbeit weiterführen

Die in den vergangenen Jahren erreichten Harmonisierungen von Normen und Standards in der EU/UK dürfen nicht aufgegeben werden, sondern sollten auch zukünftig weitergeführt werden. Marktzugang kann nur so für die Unternehmen auf beiden Seiten langfristig gesichert werden und ist somit eine ganz zentrale Forderung der Unternehmen.